

# Warschau

Polen und  
Tschechische  
Republik

# Die polnische Gratwanderung



Dr. Martin Krispin  
leitet die DAAD-Außenstelle Warschau seit August 2020. Die Außenstelle ist für Polen und die Tschechische Republik zuständig.

**Pandemie, Präsidentschaftswahlen, breite Proteste gegen den Kurs der Regierung und ein ange drohtes Veto in Brüssel – im Jahr 2020 hat sich die Spaltung der polnischen Gesellschaft weiter vertieft. Das Regierungslager setzte derweil seine Vision eines Umbaus von Staat und Gesellschaft fort und trägt diesen Umbau mit einem kontroversen Bildungsminister nun gezielt in Schulen und Uni versitäten. Die Außenstelle hat ihr Angebot 2020 auf digitale Formate umgestellt und eine größere Zahl an Interessierten erreicht.**

199

Die seit vielen Jahren für Polen typische Do minanz innenpolitischer Themen über einen außenpolitischen Diskurs charakterisierte auch das Jahr 2020. Mit dem Ausgang der Präsidentschaftswahlen vom Juni in ihrer Machtposition bestätigt, setzte die Regierung unter Führung der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) den Umbau der Gesellschaft und den Austausch der Eliten fort. Dass die Regierung das hochkontroverse Abtreibungsverbot, ein neues Landwirtschaftsgesetz und weitere Gesetzesinitiativen auf dem Höhepunkt der zweiten Infektionswelle in Gang gesetzt hat, zeigte ihre Entschlossenheit, die Coronakrise zu ihren Gunsten zu nutzen.

Jarosław Kaczyński, PiS-Vorsitzender und neuer Vize-Premier, warf der Protestbewegung gegen das Abtreibungsgesetz (Streik der Frauen) im Sejm vor, den Tod Tausender Unschuldiger

mutwillig in Kauf zu nehmen, und nannte die Opposition „Kriminelle“. Tatsächlich handelte es sich bei den Demonstrationen vom Herbst um den größten Bevölkerungsprotest in Polen seit 1989. Eine von Zbigniew Ziobro, Justizminister und Generalstaatsanwalt in Personalunion, während der Proteste vorgelegte Gesetzesänderung, nach der Aufrufe zu nicht genehmigten Versammlungen mit bis zu acht Jahren Haft geahndet werden können, zeigt, dass der Zeitpunkt des Konflikts mit Bedacht gewählt worden war und die Regierung ihre durch den Umbau der Justiz in den vergangenen Jahren gestärkte Machtposition auszuspielen gedenkt.

So war die zweite Jahreshälfte von Massenprotesten, Polizeieinsätzen und einer zunehmenden Radikalisierung der Sprache in beiden Lagern gekennzeichnet. Im Spätsommer hatte kurzzeitig das Thema der Volksproteste



Dem „Streik der Frauen“ gegen das neue Abtreibungsgesetz der Regierung schlossen sich, wie hier in Warschau am 6. November 2020, zehntausende Bürgerinnen und Bürger an.

200

im Nachbarland Belarus gegen Machthaber Alexander Lukaschenko die offizielle Politik beschäftigt. Auf die Grenzschießungen zu Polen und Vorwürfe aus Minsk, Warschau plane mithilfe der belarussischen Opposition eine Invasion, reagierte die polnische Regierung besonnen. Sie beauftragte die Nationale Agentur für den Akademischen Austausch (Narodowa Agencja Wymiany Akademickiej, NAWA), eine der neuen Motoren der Internationalisierung der polnischen Hochschulen, ein Sonderprogramm („Solidarisch mit Belarus“) aufzulegen, das 600 Stipendien für belarussische Studierende in Polen zur Verfügung stellt. Im Oktober verschwand das Thema allerdings hinter dem für die PiS-Regierung zentralen Konfliktfeld: Brüssel.

Der Dauerkonflikt des Regierungslagers mit der Europäischen Union erreichte durch die – aus polnischer Sicht ausgerechnet von der deutschen Ratspräsidentschaft vorgelegte – Verbindung von EU-Haushalt und Rechtsstaatlichkeitsmechanismus einen neuen Höhepunkt. Zwar konnte letztlich ein Kompromiss ausgehandelt werden. Warschau selbst benötigt die EU-Mittel

angesichts leerer Kassen dringend und auch die Hochschulreformen können nur gelingen, wenn das Land an Brüsseler Förderprogrammen partizipieren kann. Das Verhältnis zwischen Brüssel und der absoluten Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten auf der einen und Polen (und Ungarn) auf der anderen Seite erreichte 2020 aber einen neuen Tiefpunkt. Ein „Polexit“, bislang nur als Endpunkt einer schleichenden (Selbst-)Isolation des Landes innerhalb der EU denkbar, erhält durch die zunehmende Enttäuschung bisher proeuropäischer Polinnen und Polen über die Wirkungslosigkeit der Brüsseler Politik gegenüber Warschau neue Brisanz.

Im Dezember kündigte sich zudem ein neues Konfliktfeld mit Brüssel an, das den Rechtsstaatlichkeitsdisput vertiefen dürfte. Der Kauf des mehrere Hundert Regionalzeitungen starken Verlagshauses PolskaPress – bisher in den Händen der Passauer Mediengruppe – durch den staatlich kontrollierten Ölkonzern Orlen zeigt Parallelen zum Vorgehen der Regierungen in Budapest und Moskau. Während die Regierung offiziell verlautbarte, die heimische



Ungarns Premier Viktor Orbán und sein polnischer Amtskollege Mateusz Morawiecki halten am 10. Dezember 2020 eine gemeinsame Pressekonferenz ab.

Presse „deutschen Händen“ entrissen zu haben, befürchten unabhängige Journalistinnen und Journalisten eine faktische Verstaatlichung der Regionalmedien durch die Regierung. Tatsächlich ärgert die PiS seit Jahren, dass sie auf kommunaler Ebene wenig Zugriff hat. Der Umbau von Staat und Gesellschaft setzt sich mit der Übernahme der Regionalpresse in vertikaler Richtung fort.

#### POLEN ALS „RETTER EUROPAS“: ALTE UND NEUE ERINNERUNGSRORTE

Erinnerungspolitisch stand 2020 der 100. Jahrestag des polnischen Sieges gegen Sowjet-Russland im Zentrum, den staatlich geförderte Kulturprojekte nun als „Krieg der Welten“ stilisierten. Als historisches Ereignis von der Bevölkerung lange praktisch vergessen, wurde mit dem Sieg über die „rote“ Übermacht und die Behauptung des jungen Nationalstaats 1920 eine narrative Brücke zum nationalkonservativen Selbstbild Polens im Jahr 2020 geschlagen. Im Zentrum dieses Bildes steht Polen als Bewahrerin traditioneller Werte, die nach deutscher (1939–1945) und sowjetischer (1945–1989) Unterdrückung heute wieder in Gefahr seien: Nun durch die EU, die dem Land per Verordnung ein linksliberales Gesellschaftsmodell aufzwingen wolle, das die Auflösung polnischer Identität und Selbstbestimmung bedeute – und damit letztlich der polnischen staatlichen Unabhängigkeit.

In diesem Licht präsentiert sich das Regierungslager als einzige politische Kraft im Land, die die Geschichte Polens – verkürzt erzählt als fortwährenden Überlebenskampf in einer latent feindseligen Umwelt – verstanden hat und die Tradition des Widerstands fortsetzt. Der historische Brückenschlag von 1920 fand auch deshalb Anklang, da sich hier dieselben, längst in die Alltags- und Popkultur im Land eingeflossenen Motive von Opferbereitschaft und Unbeugsamkeit wiederfinden, die das von der PiS entworfene geschichtspolitische Bild des Warschauer Aufstands von 1944 kennzeichnen, „dem“ zentralen historischen Bezugspunkt der Konservativen. Das bildliche Motiv, zur Not „bis zum Tod“ für polnische Interessen einzustehen, fand sich daher nicht zufällig auch in der innenpolitischen Rhetorik zum angebotenen EU-Veto wieder.



1920 Krieg der Welten. In der bildlichen Rettung eines friedlichen Polens vor der seelenlosen sowjetischen Mordmaschine erkennen polnische Konservative ihren Kampf gegen die EU als neues „Imperium“ wieder, das schlimmer als die Sowjetunion sei.



## DEUTSCH-POLNISCHE ERINNERUNGSORTE AUF DEM RÜCKZUG



Für viele Polen ist der Kniefall Willi Brandts am Denkmal für die Opfer des Getto-Aufstandes Ausdruck deutscher Perspektivverengung auf den Holocaust.

202

Das deutsch-polnische Gedächtnis, das mit dem 50. Jahrestag des Kniefalls von Willy Brandt 1970 in Warschau einen herausragenden Anknüpfungspunkt bot, ignorierte die Regierung weitgehend. In den Medien des Landes spielte der Tag keine Rolle. Als Konstante blieb im deutsch-polnischen Verhältnis 2020 die Forderung Warschaus nach Reparationen, ohne die Gesten der Versöhnung wie jene von 1970 leere Versprechen blieben. Als Beweis für die

angeblich fehlende Sensibilität Berlins musste der neue deutsche Botschafter in Warschau herhalten, dessen Vater 1944/1945 im Generalstab der Wehrmacht gedient hatte. Die Regierung verzögerte das Agrément von Arndt Freytag von Loringhoven so lange, wie noch in keinem Falle der Geschichte der EU-Diplomatie.

Die Fokussierung auf die Vergangenheit trägt derweil Früchte: Laut dem „Deutsch-Polnischen Barometer“, einer Langzeitstudie des Deutschen Polen-Instituts, des Warschauer Instituts für öffentliche Angelegenheiten und der Konrad-Adenauer-Stiftung, steigt die Zahl jener deutlich, die Deutschland emotional und negativ assoziieren. Erstmals seit Erhebung der Daten fielen zudem die Sympathien der Deutschen für den östlichen Nachbarn größer (55 Prozent) aus als andersherum (42 Prozent).

## DIE CORONAKRISE UND DIE HOCHSCHULEN

Auf die Coronapandemie, die Polen im März 2020 erreichte, reagierte Warschau mit einem unverzüglichen vollständigen Lockdown und der Schließung der Grenzen. Hochschulen schlossen ihre Türen und stellten das Studium in kurzer Zeit recht erfolgreich auf digitale Lehre um. Das Hochschulministerium kam den Studierenden entgegen, verlängerte Prüfungsfristen, erließ Gebühren und weitere pragmatische Maßnahmen.



Kranzniederlegung am Denkmal der Opfer des Ghettoaufstandes 1943 am 7. Dezember 2020.

## „Deutsch-polnisches Barometer“ – Studierende aus beiden Ländern diskutieren

Unter dem Titel „Ein Blick über die Grenze(n): die deutsch-polnische Wahrnehmung in den Medien vor und in der Coronakrise“ bot die Außenstelle gemeinsam mit Dr. Agnieszka Łada, stellvertretende Direktorin des Deutschen



Polen-Instituts, ein virtuelles Seminar für deutsche und polnische Studierende an. Dr. Łada präsentierte die Ergebnisse des „Deutsch-polnischen Barometers“, die zahlreiche Diskussionsansätze boten. Die 53 jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter Studierende der Germanistik aus Stettin, Breslau, Kattowitz und deutsche *Erasmus*-Geförderte, stimmten in ihrer Wahrnehmung überein, dass insbesondere ein regierungsseitig gesteuertes Themen-Setting eine gestiegene Herausforderung für den deutsch-polnischen Dialog darstelle und Dialog und Begegnungen verstärkt werden müssten.

Dr. Agnieszka Łada ist seit 2019 Vize-Direktorin des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt. Die promovierte Politologin ist unter anderem DAAD-Alumna.

Die Umstellung auf digitale Formate und der weitgehende Stopp akademischer Mobilität führte jedoch auch im weiteren Jahresverlauf nicht zu einer wahrnehmbaren hochschulpolitischen Diskussion über die Bedeutung der Pandemie für die Internationalisierungsstrategie des Landes. Zu sehr, so scheint es, absorbieren die innenpolitischen Streitthemen das Geschehen. Angesichts massiver finanzieller Ausfälle durch das Wegbleiben zahlender ausländischer Studierender dominierte vor allem die Hoffnung einer schnellen Rückkehr zum Status quo ante.

Die Gründe für dieses Fehlen einer breiteren Debatte liegen auch in einer für alle EU-13-Länder – dabei handelt es sich um die 2004 der EU beigetretenen Länder – charakteristischen nachholenden Reform des Hochschul- und Forschungssektors, der zurzeit sämtliche Ressourcen absorbiert und die Universitäten institutionell massiv herausfordert. So wird die polnische Hochschulreform von 2018 (Hochschulgesetz 2.0) erst Ende 2022 vorläufig abgeschlossen sein.

Mit ihr wurde das Leistungs- und Wettbewerbsprinzip eingeführt und es sieht unter anderem die Etablierung einer durch Sondermittel geförderten Gruppe von Forschungsuniversitäten vor, die Polen in die internationalen Rankings führen sollen.

Die polnische Performanz in europäischen Ausschreibungen blieb 2020 auf einem zu den Vorjahren vergleichbaren Niveau. Im Rahmen der vom European Research Council (ERC) ausgeschriebenen Grants gingen 88 Förderungen nach Deutschland, 62 nach Großbritannien, 42 in die Niederlande und 38 nach Frankreich. Polen erhielt drei Förderzusagen und hat nach einer Auswertung des EU-Programms Horizon 2020 aus diesem größten europäischen Forschungsrahmenprogramm 636 Mio. Euro erhalten. Es führt damit die Gruppe der EU-13-Staaten an. Der Abstand zu Deutschland (8,68 Mrd. Euro), aber auch kleineren EU-15-Staaten wie Irland (1,04 Mrd. Euro) fällt nach wie vor deutlich aus.

## SCHULEN UND HOCHSCHULEN – IM VISIER DER PARTEI

Derweil setzte Przemysław Czarnek, neuer polnischer Bildungsminister, mit dessen Amtsantritt das Bildungs- und das Hochschulressort in einem Ministerium zusammengefasst wurden, vor allem parteipolitische Akzente. Insbesondere schulische Lehrwerke sind dem habilitierten Juristen der Katholischen Universität Lublin ein Dorn im Auge. Diese stehen im Verdacht, einseitig liberales und linkes Gedankengut zu verbreiten. Abhelfen sollen nationale und patriotische Lehrinhalte. Neben der Einführung der Schriften von Papst Johannes Paul II. als Pflichtlektüre – perspektivisch auch an den Hochschulen – befürwortet der Minister neue historische Vorbilder für die schulische Jugend. Seine Forderung, Figuren des bewaffneten antikommunistischen Untergrunds der Nachkriegsjahre zu ehren, stieß unter anderem auf die Kritik führender polnischer Historikerinnen und Historiker, kamen doch durch deren Attentate bis in die 1960er Jahre hinein zahlreiche Unschuldige um, darunter auch polnische Juden.

Parallel zum Vorstoß im Schulwesen machte die Regierung unmissverständlich klar, dass sie ab sofort auch innerhalb der Universitäten mitreden will. Mit Andrzej Duda nahm erstmals seit 1991 ein polnisches Staatsoberhaupt an der feierlichen Eröffnung des Studienjahrs an einer Warschauer Universität teil – ein Vorgang, der auch an der Hochschule selbst einige Irritationen hervorrief. Im Kontext der Abtreibungsdemonstrationen kritisierte Minister Czarnek dann gleich mehrere Hochschulrektorinnen und -rektoren persönlich dafür, dass sie ihren Studierenden für die Teilnahme am Streik der Frauen vorlesungsfrei gegeben hatten und kündigte an, Anträge solcher Hochschulen zukünftig besonders streng zu prüfen.

Beobachterinnen und Beobachter überraschte es denn auch nicht, dass der Minister kurz darauf die Einberufung einer Expertenkommission ankündigte, die „offensichtliche Unzulänglichkeiten der Hochschulreform“ von 2018 zusammentragen soll. Wenngleich PiS-Abgeordnete immer wieder den Vorwurf vorbringen, die Internationalisierung diene nur Westeuropa und bedeute für Polen eine Institutionalisierung des



Unter dem neuen Bildungsminister Czarnek (PiS) wurden die bisherigen Ministerien für Bildung sowie Hochschulbildung in ein Wissenschaftsministerium zusammengefasst.

Braindrain, ist nicht davon auszugehen, dass die systemischen Reformen von 2018 zurückgedreht werden. Zu erwarten ist vielmehr, dass das Reformgesetz Kriterien und Mechanismen beibehalten wird, die dem Ministerium eine gezielte Einflussnahme auf die Universitäten bis hin zu administrativen Sanktionen ermöglicht.

Den vorläufigen Höhepunkt dieser Politik bildete ein als „Freiheits-Paket“ („*pakiet wolnościowy*“) deklarierter Gesetzentwurf vom 9. Dezember 2020, der Hochschullehrerinnen und -lehrer mit dezidiert konservativen oder völkisch-nationalen Ansichten von hochschulinternen Disziplinarverfahren befreit. Als Begründung führte der Minister Zahlen an, die belegen sollen, dass politisch rechts stehende Professorinnen und Professoren regelmäßig disziplinarisch belangt würden, während „linke“ Ansichten selten gerügt blieben. Kritische Stimmen sehen in diesem Gesetz den legislativen Startschuss für eine systematische Politisierung der polnischen Hochschulen, deren Unabhängigkeit die PiS mit Misstrauen betrachtet.

Prof. Przemysław Wiszewski, neuer Rektor der Universität Breslau, warnte denn auch in der Presse bereits offen davor, dass eine Ideologisierung der polnischen Hochschulen als einem der letzten demokratischen Freiräume im Land drohe. Der europaweite Aufruf von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zum Boykott des Bildungsministers für seine homophoben Äußerungen ist Ausdruck dieser Sorge. Polen wird auch 2021 ein ambivalentes Bild fortschreitender europäischer Hochschulintegration und verschärfter nationaler Tonlage abgeben.



## Die Neuwahl der polnischen Rektoren 2020

Im August 2020 fand an den öffentlichen Hochschulen turnusgemäß die Neuwahl der Rektorinnen und Rektoren für die Amtszeit 2020 bis 2024 statt. Das Ergebnis ist eine zum Teil deutliche „Verjüngung“ der Rektorate. Der statistische polnische Rektor ist nun 56,5 Jahre alt und damit 2,5 Jahre jünger als bei der letzten Wahl. Erstmals erreichten alle Hochschultypen einen Durchschnitt von unter 60 Jahren. Die mit Abstand jüngsten Rektorinnen und Rektoren sind nach wie vor an Sporthochschulen (50,3 Jahre), medizinischen und künstlerischen (51,5 Jahren) sowie pädagogischen Hochschulen (52 Jahre) tätig. Die ältesten finden sich an den technischen (55,6 Jahre), klassischen Volluniversitäten (58,6 Jahre) und den Wirtschaftshochschulen (58,4 Jahre). Gleichzeitig fiel in diesen Gruppen der Altersdurchschnitt

aber am deutlichsten. Die Tatsache, dass 62 von 90 neu gewählten Personen diese Funktion zum ersten Mal ausfüllen, lässt darauf schließen, dass die polnischen Hochschulreformen Wirkung zeigen, geht doch eine gestiegene Machtfülle der Rektorate gleichzeitig mit der Erfordernis einher, ganz neue Managementkompetenzen mitbringen zu müssen.

Auch beim Thema Gendergerechtigkeit holen polnische Hochschulen auf: Bekleideten 2016 an 90 Hochschulen lediglich fünf Frauen das höchste Amt, sind dies nun 14, davon elf erstmals in dieser Funktion. Dass an zahlreichen Hochschulen drei oder mehr Kandidatinnen zur Wahl standen, illustriert einen wachsenden Wettbewerb. Eine Frauenquote gibt es in Polen nicht.



Tradition und die Pflege jahrhundertalter Zeremonien spielt in Rektorenämtern eine herausragende Rolle. Dabei wird die Rektorenschaft immer jünger und weiblicher.

## DIE DAAD-ARBEIT IN POLEN

Seit mehr als 60 Jahren fördert der DAAD die individuelle Mobilität von Studierenden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern von und nach Polen. Die seit der Jahrtausendwende beständig fallende Zahl an Abiturientinnen und Abiturienten im Land – ein demografischer Spiegel der Systemtransformation der 1990er Jahre, wie ihn alle EU-13-Länder aufweisen – beginnt sich

zu konsolidieren. Während dies in den Vorjahren die DAAD-Bewerberzahlen stetig gedrückt hatte, zeigte ausgerechnet das Krisenjahr 2020 wieder zum Teil deutlich gestiegene Antragszahlen für Polen, die die Individualmobilität in ihrer Bedeutung für den Austausch mit Polen bestätigen. Die Außenstelle hat ihr Informationsangebot im Jahr 2020 vollständig auf digitale Formate umgestellt und ausgebaut, wodurch eine größere Zahl an Interessierten erreicht werden konnte.



## Europäische Hochschulen

Im Rahmen der zweiten EU-Ausschreibung zu den „Europäischen Hochschulen“ bewarben sich 62 Hochschulkonsortien aus ganz Europa um eine Förderung. Unter den 24 ausgewählten Projekten mit insgesamt 164 Hochschulen sind fünf polnische Universitäten: Die AGH Wissenschaftlich-Technische Universität Krakau, die Schlesische Universität Kattowitz und die drei Technischen Universitäten in Posen, Warschau und Kattowitz sind Teil der Projekte „EUNICE – European University for Customized Education“ (Posen), „UNIVERSEH – European Space University of Earth and Humanity“ (Krakau), „ENHANCE – European Universities of Technology Alliance“ (Warschau), „EURECA-PRO – The European University Alliance on Responsible Consumption and Production“ (TU Kattowitz) und „T4E – Transform 4 Europe“ sowie „The European University for Knowledge Entrepreneurs“

(Universität Kattowitz). Jeder Hochschulverbund erhält eine dreijährige Förderung, die unter anderem Forschergruppen zugutekommt.



Ausbaufähig und zugleich Spiegelbild der nachholenden Modernisierung des Hochschulwesens ist der Erfolg polnischer Universitäten am EU-Programm „European Universities“.

206

Das im Berichtsjahr von politischen Beobachtern als schlecht bezeichnete deutsch-polnische Verhältnis stellt sich im akademischen Austausch deutlich erfreulicher dar. Deutschland konnte seine Position als wichtigstes Zielland polnischer Studierender behaupten. Die Zahl deutsch-polnischer Hochschulkooperationen überschritt 2020 erstmals die Marke von 1.600. Der DAAD leistet hierzu seit Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag und nahm 2020 unter anderem neun neue *Ostpartnerschaften*, elf Projekte im *Programm Projektbezogener Personenförderung (PPP)* und zwei *Germanistische Institutspartnerschaften* neu in die Förderung auf.

Zentraler Mobilitätsmotor für deutsche Studierende bleibt aber *Erasmus+*, mit dem auch 2020 zwei von drei Studierenden nach Polen gingen. Jenseits von *Erasmus* wächst die Bedeutung des polnischen Hochschulmarkts auch für deutsche Studierende, wenngleich die Zahlen nach wie vor überschaubar sind: Hatten 2005/2006 nur 323 Deutsche in Polen studiert, waren es 2018/2019 1.315. Damit liegt Deutschland auf

dem achten Platz der Liste der wichtigsten Herkunftsländer von ausländischen Studierenden in Polen. Sehr beliebt unter deutschen Studierenden ist das englischsprachige Angebot im medizinischen Bereich.

In Polen nimmt die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, darunter das neue System der Graduiertenschulen als Bestandteil der Hochschulreformen, einen zentralen Platz ein. Gemeinsam mit der Stiftung für die Polnische Wissenschaft (*Fundacja na rzecz nauki polskiej, FNP*), deren Förderung als besondere Auszeichnung gilt, bot der DAAD 2020 im Rahmen seines Forschungsmarketings zum dritten Mal einen „Grant Proposal Writing Workshop“ für 40 Promovierende an. Mit der FNP vereinbarte der DAAD zudem den Ausbau der Kooperation, unter anderem im Bereich des Mentorings und der akademischen Karriereplanung, in der auch deutsche Hochschulen ins Spiel kommen könnten. Mit der NAWA ist für 2021 der Abschluss eines Kooperationsabkommens geplant.



Plakate aus der Imagekampagne von Goethe-Institut, DAAD, Zentralstelle für Auslandsschulwesen, Willy-Brandt-Begegnungsschule Warschau und Deutscher Botschaft.

## 60 Jahre Zusammenarbeit DAAD und Karls-Universität Prag – 20 Jahre DAAD Tschechien

Am 10. September 2020 feierten der DAAD und die Karls-Universität Prag das 20-jährige Jubiläum der Einrichtung eines DAAD-Büros in der tschechischen Hauptstadt. Der Rektor Prof. Tomáš Zima betonte die Bedeutung der Zusammenarbeit mit deutschen Hochschulen und die zahlreichen DAAD-Förderprojekte, an denen seine Hochschule partizipiert. In einem Festvortrag zur sechzigjährigen Geschichte des vom DAAD maßgeblich mitgestalteten deutsch-tschechischen akademischen Austauschs beleuchtete

Prof. Jiří Pešek das Leben und Wirken von Prof. Jan Křen, langjähriger Vorsitzender der deutsch-tschechischen Historikerkommission und Mitunterzeichner der Charta 77. Prof. Křen war im April an den Folgen einer SARS-CoV-2 Infektion in Prag verstorben.

Der DAAD Information Point hat 2019 in Nachfolge des DAAD-Informationszentrums seine Tätigkeit aufgenommen, betreut von der Außenstelle Warschau.

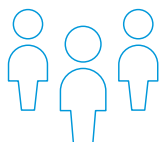


Feierlichkeiten in Zeiten der Pandemie: 20 Jahre DAAD Tschechien am 11.9.2020 in Prag. V.l.n.r.: Dr. Martin Krispin (DAAD Warschau), Dr. Hans-Peter Hinrichsen (Botschaft Prag), Prof. Tomáš Zima (Karls-Universität Prag), Dr. Jindřich Fryč (Ministerium für Bildung), Prof. Jiří Pešek (Karls-Universität Prag).



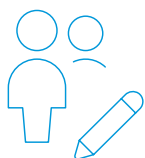
Gute Beziehungen: DAAD Information Point Prag und Akademisches Auslandsamt der Karls-Universität. V.l.n.r.: Lisa Korinek (DAAD), Jaromír Soukup (CSP), Barbora Bednařiková (CSP), Barbora Boušová (DAAD), Jana Dostálová (DAAD), Lenka Drugová (DAAD).

## Daten zum Bildungssystem Polen



1,49 Mio.

Anzahl der eingeschriebenen Studierenden  
(alle Studienstufen)



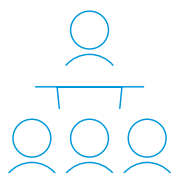
68,62%

Immatrikulationsquote



4.325

Anzahl der Bildungsausländer  
in Deutschland



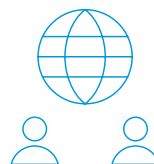
1.298

Anzahl des wissenschaftlichen  
und künstlerischen Personals  
in Deutschland



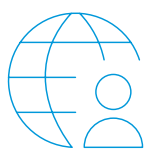
1,77%

Im Ausland Studierende  
(Anteil an Studierenden  
gesamt)



3,64%

Anteil internationaler  
Studierender



26.351

Im Ausland Studierende  
(Anzahl gesamt)



Die beliebtesten Zielländer  
für Studierende

1. Großbritannien
2. Deutschland
3. Niederlande
4. Dänemark
5. Italien



Internationale Studierende  
im Land gesamt nach  
Herkunftsländern

1. Ukraine
2. Belarus
3. Indien
4. Norwegen
5. Schweden



Tabelle 17: DAAD-Geförderte aus dem Ausland und aus Deutschland nach Herkunfts-/Zielland und Förderbereichen **Polen**

A = Geförderte aus dem Ausland  
D = Geförderte aus Deutschland

		<b>Polen</b>	
<b>I. Individualförderung – gesamt</b>		A	126
		D	47
<b>1. nach Status</b>			
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	8	
	D	17	
Studierende auf Master-Niveau	A	49	
	D	6	
Doktorandinnen und Doktoranden	A	40	
	D	3	
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorandinnen und -doktoranden)	A	29	
	D	21	
<b>2. nach Förderdauer</b>			
< 1 Monat	A	11	
	D	1	
1–6 Monate	A	38	
	D	19	
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	77	
	D	27	
<b>II. Projektförderung – gesamt</b>		A	300
		D	151
<b>1. nach Status</b>			
Studierende auf Bachelor-Niveau	A	68	
	D	9	
Studierende auf Master-Niveau	A	59	
	D	53	
Doktorandinnen und Doktoranden	A	42	
	D	7	
Wissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen (inkl. Postdoktorandinnen und -doktoranden)	A	105	
	D	75	
andere Geförderte*	A	26	
	D	7	
<b>2. nach Förderdauer</b>			
< 1 Monat	A	191	
	D	112	
1–6 Monate	A	91	
	D	26	
> 6 Monate (Langzeitförderung)	A	18	
	D	13	
<b>III. EU-Mobilitätsprogramme – gesamt</b>		A	7
		D	1.567
<b>1. Mobilität mit Partnerländern</b>			
1. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandsstudium)	A		
	D	994	
2. Erasmus-Studierendenmobilität (Auslandspraktikum)	A		
	D	129	
3. Erasmus-Personalmobilität (Dozentinnen und Dozenten, sonstiges Personal)	A	7	
	D	444	
<b>DAAD-Förderung – gesamt (I + II + III)</b>		A	433
		D	1.765
<b>DAAD-Förderung – Geförderte A und D – gesamt</b>		<b>2.198</b>	

\*Personen in studienvorbereitenden Maßnahmen sowie projektbetreuendes Hochschulpersonal

In der Aufstellung der Geförderten des DAAD werden drei Förderbereiche unterschieden. In der Individualförderung unterstützt der DAAD schwerpunktmäßig Studierende sowie Wissenschaftler und Hochschullehrer, die sich erfolgreich um ein DAAD-Stipendium beworben haben. In der Projektförderung finanziert der DAAD vornehmlich Programme zur Förderung weltoffener Hochschulstrukturen. Als Nationale Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit vergibt der DAAD schließlich Fördermittel an Studierende und Mitarbeiter von Hochschulen, die insbesondere akademische Mobilität ins europäische Ausland unterstützen (EU-Mobilitätsförderung). In der Programmlinie Mobilität mit Partnerländern stehen aus dem Projekt 2018 keine Daten zur Verfügung, da aufgrund der Corona-Pandemie die Projektlaufzeit von Seiten der Europäischen Kommission verlängert wurde (Voriger Zeitraum über 5.000 Personen). Das Projekt endet am 31.07.2021 und danach stehen erst aktuelle Daten zur Verfügung.